

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Qualitätsvolle Pflege über solidarische Finanzierung!


Laut einer Studie des WIFO wird die Zahl der PflegegeldbezieherInnen bis zum Jahr 2030 um fast 100.000 steigen. Nach wie vor müssen hunderttausende Personen von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt werden, weil entweder das öffentliche Pflegeangebot nicht ausreichend vorhanden ist oder die Selbstbehalte dafür zu hoch sind. Damit qualitätsvolle Pflege für alle langfristig gesichert werden kann, braucht es eine solidarische Finanzierung – über eine Millionärssteuer.

Das vorhandene Angebot muss ausgebaut werden

950.000 Personen in Österreich zählen zu den pflegenden Angehörigen. Vielfach deswegen, weil mobile Dienste unzureichend oder zu teuer sind. „Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, dass qualitätsvolle Pflege für alle erreichbar und leistbar ist“, so AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Die Ausgaben für den Bereich Pflege müssen steigen, das Angebot muss ausgebaut werden. Betroffene müssen entlastet werden durch ein öffentlich gesteuertes und ausschließlich über die Solidargemeinschaft finanziertes Pflegesystem. Private Kostenbeteiligungen für mobile Dienste und Tageszentren müssen abgeschafft werden.

Nein zur Pflegeversicherung, ja zur Millionärssteuer

Für den langfristigen Erhalt eines qualitätsvollen Pflegeangebots für alle ist eine Pflegeversi-

cherung jedenfalls der falsche Weg! Dies würde den Faktor Arbeit nur weiter belasten. Ein Blick nach Deutschland zeigt, dass der Beitragssatz seit der Einführung im Jahr 1995 von einem auf 2,85 Prozent angestiegen ist. Und mit der dadurch finanzierten Teilkasko-Versicherung wird nur die Grundversorgung durch Zuschüsse zu bestimmten Pflegekosten abgedeckt. Deswegen führt der richtige Weg über eine Millionärssteuer und eine solidarische Finanzierung. So leisten auch die Super-Reichen einen Beitrag zu einer sozialen Gesellschaft. 

„Qualitätsvolle Pflege muss für alle Betroffenen erreichbar und leistbar sein. Die Finanzierung muss daher auf breitere Beine gestellt werden.“

Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident

